

# „Sippenforschung und Rassepolitik“ – Albert Huyskens und der Aachener Mythos vom katholischen Widerstand\*

Stefan Krebs, Werner Tschacher

Albert Huyskens, Spross einer rheinischen Kaufmannsfamilie, war 35 Jahre lang Direktor des Aachener Stadtarchivs, 22 Jahre war er Vorsitzender des Aachener CV-Philisterzirkels, des Zusammenschlusses von Altakademikern des Cartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen. Er war 17 Jahre lang Vorsitzender der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde und schließlich 18 Jahre Vorsitzender des Aachener Geschichtsvereins. Geboren 1879 in Mönchengladbach, gestorben 1956 in Aachen, reichte seine umfangreiche Tätigkeit als Historiker, Archivar und Familienforscher vom Kaiserreich bis in die frühe Bundesrepublik. Huyskens gilt in Aachen dank seiner *„wertvollen Forschungsarbeiten zur Aachener, rheinischen und deutschen Geschichte, vor allem auch durch sein Geschick in Organisation und Leitung wissenschaftlicher Vereine und als Dozent an der Aachener TH“*<sup>1</sup> als *„Nestor der Aachener Geschichtsforschung“*<sup>2</sup>. Die Wertschätzung, die ihm die Stadt entgegenbrachte, zeigt sich u.a. darin, dass 1977 eine Straße im Melatener Erweiterungsgebiet der TH Aachen nach ihm benannt wurde.

Fest verwurzelt im katholischen, national-konservativen Bildungsbürgertum<sup>3</sup> und einem streng positivistischen Wissenschaftsethos verpflichtet<sup>4</sup>, steuerte er – so der langjährige Stadtarchivar und heutige Ehrenvorsitzende des Aachener Geschichtsvereins Herbert Lepper 1997 – mit strategischem Geschick den Aachener Geschichtsverein, die Westdeutsche Gesellschaft für Familienkunde und das Aachener Stadtarchiv unbeschadet durch die Zeit des *Dritten Reiches*. Und soweit dies in seinen Möglichkeiten lag, leistete er nach Ansicht Leppers Widerstand gegen den nationalsozialistischen Zeitgeist.<sup>5</sup> Der Historiker Ulrich Kalkmann kommt in seiner 2003 erschienenen Dissertation über die TH Aachen im *Dritten Reich* zu dem Schluss, dass Huyskens *„nicht den Vorstellungen der Aachener Nationalsozialisten“*<sup>6</sup> entsprach.

Diese Einschätzungen stehen in einem seltsamen Gegensatz zu zahlreichen in der NS-Zeit publizierten Äußerungen von Albert Huyskens. In seiner 1935 erschienenen *„Rheinischen Familienkunde“* liest man: *„So stehen wir vor einem neuen Sinn der Familienkunde, der völkischen Bedeutung ihrer Pflege für die Zukunft unseres Volkes, das ohne Übertreibung wohl eines der wertvollsten der Erde genannt werden kann und das nach seiner Lebenskraft wie nach seinen*

---

\* Bei dem hier vorliegenden Beitrag handelt es sich um das Manuskript zu einem Vortrag, den die beiden Autoren unter gleichem Titel an der Volkshochschule Aachen (12.10.2005) gehalten haben.

<sup>1</sup> AN v. 29.10.1956.

<sup>2</sup> AVZ v. 29.10.1956.

<sup>3</sup> Herbert Lepper, Der ‚Aachener Geschichtsverein‘ 1933-1944, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins (ZAGV) 101 (1997/98), S. 267-302, hier: S. 275.

<sup>4</sup> Ebd., S. 302.

<sup>5</sup> Ebd., S. 281, Anm. 59.

<sup>6</sup> Ulrich Kalkmann, Die Technische Hochschule Aachen im Dritten Reich (1933 - 1945), Aachen 2003, S. 278.

*Anlagen noch zu großen Aufgaben in der Zukunft berufen ist, als Teil der arischen Rasse, der Trägerin der Menschheitsentwicklung in den letzten Jahrtausenden.*<sup>7</sup> Und 1938 beschreibt Huyskens Stellung und Aufgabe der von ihm geleiteten Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde folgendermaßen: *„Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, dass unsere Gesellschaft sich keinen besonderen Ruck zu geben brauchte, um ihre schon von Anfang an im Sinne der rassistischen Erneuerung unseres Volkes geleistete Arbeit der nationalsozialistischen Zielsetzung des neuen Reiches nach dem Umbruch anzupassen, sich in den Volksbund der sippenkundlichen Vereine einzuordnen und der Führung der Reichsstelle für Sippenforschung zu unterstellen.*“<sup>8</sup>

Wie passen diese zeitgenössischen Zitate und die heutigen Bewertungen zusammen?

Dieser Frage nachzugehen und die gerade gehörten Zitate in ihren Entstehungszusammenhang einzuordnen, ist das Ziel unseres Vortrages: Dazu gliedern wir unsere Darstellung in fünf Kapitel. Im ersten Kapitel stellen wir die Hauptfelder der familiengeschichtlichen Forschung dar und deren Beziehung zu *Rassenkunde* und *Rassenhygiene* vor 1933. Im nächsten Schritt erläutern wir die *NS-Rassenpolitik* im Spiegel der amtlichen Gesetzgebung. Daran anschließend untersuchen wir anhand der von uns ausgewerteten Quellen die Verstrickung von Albert Huyskens, der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde und des Aachener Stadtarchivs in die nationalsozialistische *Rassenpolitik*. Im vierten Abschnitt unserer Untersuchung ziehen wir zunächst ein Zwischenfazit und fragen nach wahrscheinlichen Motiven für diese Verstrickung. Abschließend stellen wir unsere Forschungsergebnisse den bisherigen Bewertungen von Huyskens in der NS-Zeit gegenüber. Dabei thematisieren wir zum einen die Funktionalisierung des katholischen Glaubens als Strategie der persönlichen Vergangenheitsbewältigung nach 1945 und zum anderen die Wechselwirkung zwischen dem kollektiven Aachener Mythos des katholischen Widerstandes und den individuellen biographischen Verklärungsmustern.

## **Der Zusammenhang zwischen Familienkunde und Rassenhygiene**

Die Familienkunde als Teil der Genealogie ist die Lehre von der Herkunft und den Verwandtschaftsverhältnissen von Einzelpersonen oder Familien. Seit dem 19. Jahrhundert ist die Familienkunde nach Inhalt und Arbeitsweise vorrangig eine Historische Hilfswissenschaft. Die Werkzeuge der Familienkunde sind Ahnen-, Stamm- und Nachfahrentafeln. Die Ahnentafel ist die familienkundliche Aufstellung mit Angabe aller Ahnen einer Person in aufsteigender Linie.<sup>9</sup> Die wichtigsten und aussagekräftigsten Quellengruppen sind die in kirchlichen oder kommunalen Archiven liegenden Kirchenbücher sowie Zivil- und Personenstandsregister. Wobei seit

---

<sup>7</sup> Albert Huyskens, *Rheinische Familienkunde*, Düsseldorf 1935 (=Rheinisches Volkstum. Schriftenreihe zur Einführung in die Volkskunde der Rheinlande, Bd. 5, hg. von Karl Meisen und Hans Naumann), S. 7f.

<sup>8</sup> Ders., *Zum silbernen Jubiläum unserer Gesellschaft*, in: *Mitteilungen der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde (MWGF)* 10, H. 1-3 (1938), Sp. 1-8, hier: Sp. 5f.

<sup>9</sup> Waldemar Schupp, *Abstammung und Verwandtschaft*, in: Friedrich Beck, Eckart Henning, *Die archivalischen Quellen*, Köln, Weimar, Wien 2003 (3. Aufl.), S. 269-290; Ahasver v. Brandt, *Werkzeug des Historikers*, Stuttgart, Berlin, Köln 1998 (16. Aufl.), S. 39-47; Meyer's Enzyklopädie, Bd. 10, 1981 (9. Aufl.), Stichwort „Genealogie“, S. 31f.; Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 8, 1989 (19. Aufl.), Stichwort „Genealogie“, S. 279; ebd. Bd. 1, 1986 (19. Aufl.), S. 254f.

dem 1. Januar 1876 im gesamten Deutschen Reich die zivile Beurkundung des Personenstandes einheitlich in den neu eingerichteten Standesämtern erfolgte.<sup>10</sup>

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts führt eine Verbindungslinie von der Familienkunde – unter Orientierung auf Fortpflanzung und Vererbung – zur Eugenik.<sup>11</sup> Der Begriff Eugenik wurde 1883 von Francis Galton geprägt und bezeichnet die Lehre von der Verbesserung des Erbgutes. In Deutschland versuchte man, den Begriff der Eugenik als Rassenhygiene populär zu machen. Die Rassenhygiene unterschied zwischen *Auslese* und *Ausmerze*: Die *Auslese* als positive Maßnahme strebte die Förderung und Vermehrung der *Erbgesunden* und *Tüchtigen* an, die *Ausmerze* als negative Maßnahme zielte darauf, Erbkrankte von der Fortpflanzung auszuschließen. Nach dem Ersten Weltkrieg radikalisierten sich die Anhänger der Rassenhygiene in Deutschland. Symbolisch dafür steht die 1920 erschienene Schrift „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“<sup>12</sup>, die über die engeren medizinischen Fachkreise hinaus von Juristen und in der interessierten Öffentlichkeit diskutiert wurde. Einzelne rassenhygienische Maßnahmen, wie eugenische Eheberatung, Zwangssterilisation und Abtreibungen, wurden in der Weimarer Zeit von fast allen politischen Parteien in unterschiedlichen Ausprägungen befürwortet.<sup>13</sup> Besonders für die individuelle *Erbpflege* war das Wissen um die *guten* und *schlechten* Erbanlagen einer Familie elementare Voraussetzung. Genau an diesem Punkt kommt es zur Berührung zwischen Rassenhygiene und Familienkunde, stellt letztere doch mit ihrer Erforschung der Vorfahren, deren Ahnen, Abkömmlingen und Nachfahren unabdingbares Wissen für erstere bereit. Albert Huyskens formulierte diesen Zusammenhang 1929 in seinem Artikel „Die Ziele der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde“ folgendermaßen: „*Es ist ein Geben und Nehmen zwischen der Familienkunde auf der einen Seite, der Geschichtsforschung, der Medizin und insbesondere der Vererbungslehre und Rassenforschung auf der anderen Seite.*“<sup>14</sup> Die Familienkunde wurde nur wenige Jahre später als unerlässliche Hilfswissenschaft für die *Rassenpolitik* im NS-Staat angesehen.<sup>15</sup>

### „Sippenkunde und Rassepolitik“

Die politische Rechte blickte schon vor 1933 weniger auf die *Erbgesundheit* des Einzelnen als auf die *Volksgesundheit*. Sie verband somit völkisch-rassistisches Gedankengut mit erbbiologischen Erkenntnissen und rassenhygienischen Forderungen.<sup>16</sup> So unterschied der Vorsitzende des „Vereins für Rasseaufbesserung“ Carl von Behr-Pinnow bereits im April 1929 in einem

---

<sup>10</sup> W. Schupp, *Abstammung*, S. 286.

<sup>11</sup> Ebd., S. 271.

<sup>12</sup> Karl Binding, *Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens*, Leipzig 1920.

<sup>13</sup> Manfred Vasold, *Medizin*, in: Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiß (Hg.), *Enzyklopädie des Nationalsozialismus*, Stuttgart 1997, S. 235-250, hier: S. 235-237; Ingrid Richter, *Katholizismus und Eugenik in der Weimarer Republik und im Dritten Reich*, Paderborn u.a. 2001, S. 101-139, 140-176 und 197-256.

<sup>14</sup> Albert Huyskens, *Die Ziele der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde*, in: MWGF, 6, H. 2/4 (1929), Sp. 49-52, hier: Sp. 52.

<sup>15</sup> Diana Schulle, *Das Reichssippenamt*, Berlin 2001, S. 98.

<sup>16</sup> Manfred Vasold, *Medizin*, S. 236.

Vortrag vor der Aachener Ortsgruppe der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde zwischen sozialer und privater Rassenhygiene. Dabei verstand er die soziale Rassenhygiene als Instrument zur *Volksaufartung*.<sup>17</sup>

Mit der *Machtergreifung* der Nationalsozialisten im Januar 1933 wurde deren völkisch-rassistische Weltanschauung zur Staatsdoktrin: Ausgehend von der Idee der unterschiedlichen *Wertigkeit der Rassen*, der damit einhergehenden Hierarchisierung der Menschheit und dem antisemitischen Feindbild der Nationalsozialisten wurden die Juden auf die unterste Stufe gestellt und als *Schmarotzer* und *Zerstörer des Volkskörpers* angesehen.<sup>18</sup> Auf die oberste Stufe stellten die Nationalsozialisten die *arische Rasse*, die aufgrund ihrer *kulturschöpferischen Kraft* zur Herrschaft berufen sei, wie dies bereits Mitte des 19. Jahrhunderts Graf Gobineau propagiert hatte.<sup>19</sup>

Unmittelbare Einwirkung auf die deutsche Gesellschaft hatte die nationalsozialistische *Rassenpolitik* bereits mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933. Das Gesetz diente vornehmlich der Ausschaltung politisch missliebiger Beamter. Durch die kurzfristige Aufnahme des Paragraphen 3, des sogenannten *Arierparagraphen*, mit dem Beamte *nicht arischer* Abstammung in den Ruhestand versetzt werden konnten, wurde erstmals ein antisemitisches Sonderrecht zur Ausgrenzung der Juden in Kraft gesetzt. Denn als *nicht arisch* galt, wer einen jüdischen Eltern- oder Großelternanteil besaß.<sup>20</sup>

Diese Entwicklung mündete ein in die unter der Sammelbezeichnung „Nürnberger Gesetze“ bekannt gewordenen *Rassengesetze*, die am 15. September 1935 auf dem Reichsparteitag verabschiedet wurden. So trennte eines von ihnen, das „Reichsbürgergesetz“, zwischen Reichsbürgern und Staatsbürgern: die Reichsbürgerschaft mit vollen politischen Rechten konnten nur *Arier* erhalten, während Juden als bloße Staatsbürger zu Bürgern zweiter Klasse degradiert wurden. Zudem regelte das Gesetz erstmals genau, wer als Jude zu gelten habe. Wie zuvor für die Gruppe der Beamten, wurde nun von jedem Deutschen ein Abstammungsnachweis verlangt, der durch Vorlage einer urkundlich beglaubigten Ahnentafel erbracht werden musste.<sup>21</sup>

Für den sogenannten großen *Ariernachweis* musste die Abstammung bis auf das Jahr 1800 zurückverfolgt werden. Der Kölner Familienforscher Heinz Haehling von Lanzenauer, stellvertretender Vorsitzender und Schriftführer der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde, formulierte mit Blick auf den Abstammungsnachweis treffend: „*Mit einem Schlage* [rückte damit]

---

<sup>17</sup> August Schumacher, Tätigkeit unserer Ortsgruppen während des Winterhalbjahres 1928/29 und des Sommerhalbjahres 1929. Ortsgruppe Aachen, in: MWGF VI, H. 6 (1929), Sp. 305-307, hier: Sp. 306f.

<sup>18</sup> Konrad Kwiet, Rassenpolitik und Völkermord, in: Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiß (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 50-65, hier: S. 51.

<sup>19</sup> Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 18, 1992 (19. Aufl.), Stichwort „Rassentheorie“, S. 69.

<sup>20</sup> Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiß (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, Stichwort „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, S. 488f.

<sup>21</sup> Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiß (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, Stichworte „Abstammungsnachweis“, S. 346 und „Nürnberger Gesetze“, S. 620; Cornelia Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin, New York 1998, Stichworte „Ariernachweis“, S. 58, „Arierparagraph“, S. 58-60, „arische Abstammung“, S. 60-62, „Nichtarier“, S. 428, „nichtarisch“, S. 428-429, „Nürnberger Gesetze“, S. 443-444.

die Familienkunde in das Blickfeld der Politik [...].<sup>22</sup> Denn mit den Methoden der *Rassenforschung* allein, wie zum Beispiel anthropologischen Schädel- und Gesichtsvermessungen, war man nicht fähig, die im Sinne des biologistisch argumentierenden Rassismus definierten *Rassen* voneinander zu unterscheiden. Letztlich entschied nur die Religionszugehörigkeit über die Zugehörigkeit zur *arischen Rasse*. Damit wurden jüdischer Glaube und *jüdisches Volkstum* in eins gesetzt.<sup>23</sup> Der „Sachverständige für Rassenforschung“ beim Reichsministerium des Inneren, Achim Gercke,<sup>24</sup> bezeichnete als wichtigste Hilfsmittel für die Ermittlung der *arischen Abstammung* „[...] die alten Urkunden und namentlich die Kirchenbücher. Sie enthalten die *Rassegeschichte unseres Volkes*.“<sup>25</sup> Standesbeamte, Archivare und Pfarrer nahmen damit eine Schlüsselrolle bei der praktischen Umsetzung der *NS-Rassengesetze* ein.

Im Nationalsozialismus ersetzte der Begriff Sippenkunde weitgehend den der Familienkunde: die Aufwertung der Familien- bzw. Sippenkunde wird deutlich im Zitat eines der führenden sippenkundlichen Funktionäre, Karl Fahrenhorst:<sup>26</sup> „Die Regierung der nationalsozialistischen Revolution hat durch ihre Gesetzgebung die Voraussetzungen geschaffen, daß die deutsche Sippenforschung nunmehr Volkssache wird. Jeder Deutsche muß sich mit der Geschichte seines Geschlechts befassen. In jedem deutschen Volksgenossen muß die Erkenntnis über die Tiefe geschichtlicher wie blutmäßiger Verbundenheit zwischen seiner Sippe und dem großen deutschen Volke lebendig werden.“<sup>27</sup>

Mit der fortschreitenden Ausgrenzung, Stigmatisierung und Marginalisierung der jüdischen Bevölkerung erreichte der *Ariernachweis* eine zunehmend fatale Bedeutung. Er wurde zu einem der bösartigsten Instrumente der nationalsozialistischen *Rassenpolitik*, entschied er doch über die rechtliche und soziale Stellung des Einzelnen im NS-Staat und schließlich im Rahmen des Völkermordes an den deutschen und europäischen Juden über Leben und Tod der Betroffenen.<sup>28</sup>

## Verstrickungen

Nach unseren eher einleitenden Darstellungen zum engeren Zusammenhang zwischen der Familien- bzw. Sippenkunde und der *NS-Rassenpolitik* wenden wir uns im Folgenden den Geschehnissen in Aachen zu. Dabei soll zunächst die vielfältige Verstrickung der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde aufgezeigt werden. Daran anschließend untersuchen wir die

---

<sup>22</sup> Heinz Haehling von Lanzenauer, Männer von heute und ihre Abstammung, in: MWGF 7, H. 10 (1933), Sp. 384f.

<sup>23</sup> Götz Aly, Karl Heinz Roth, Die restlose Erfassung, Frankfurt am Main 2000, S. 84f.

<sup>24</sup> Ernst Klee, Das Personenlexikon, S. 179f.

<sup>25</sup> N.N., Vereinschronik: Der Sachverständige für Rasseforschung auf einer großen Kundgebung unserer Gesellschaft im Gürzenich in Köln, in: MWGF VII, H. 12 (1933), Sp. 473-475, hier Sp. 474.

<sup>26</sup> Zu Karl Fahrenhorst vgl. Erich Stockhorst, 5000 Köpfe. Wer war was im 3. Reich, Kiel 1998 (3. Aufl.), S. 128.

<sup>27</sup> Karl Fahrenhorst, Deutsche Sippenforschung, in: Hermann Kretzschmann (Hg.), Bausteine zum Dritten Reich, Leipzig o.J. (5. Aufl.), S. 171, zitiert nach: Cornelia Schmitz-Berning, Vokabular, Stichwort „Sippenforschung“, S. 579.

<sup>28</sup> Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiß (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, Stichwort „Abstammungsnachweis“, S. 346.

praktische Archivarbeit des Aachener Stadtarchivs mit Blick auf die Unterstützung und Umsetzung der *Rassenpolitik*. Albert Huyskens kann dabei – wie zu zeigen sein wird – als personelle und ideelle Klammer zwischen den Tätigkeiten der beiden von ihm geleiteten Institutionen verstanden werden.

### **Die Westdeutsche Gesellschaft für Familienkunde und die NS-Rassenpolitik**

Die von Albert Huyskens seit 1927 geleitete „Westdeutsche Gesellschaft für Familienkunde“ begrüßte stürmisch, dass die Familienforschung im *neuen* – d.h. nationalsozialistischen – Deutschland gebührende Anerkennung fand.<sup>29</sup> Anlässlich ihrer Sommertagung am 16. und 17. Juli 1933 in Aachen gelobte die Gesellschaft in einem Telegramm an Reichsinnenminister Frick<sup>30</sup> „[...] *treue Mitarbeit bei den so tatkräftig eingeleiteten Maßnahmen, Rasse und Volkstum einer hoffnungsvollen Zukunft zuzuführen.*“<sup>31</sup>

Wie sehr sich die Westdeutsche Gesellschaft die *rassepolitischen Ziele* des NS-Regimes zu eigen machte, zeigte der dort gefasste Beschluss, zur „*Aufrüttlung der Menschen*“ im folgenden Monat eine große *rassepolitische Kundgebung* im Kölner Gürzenich zu veranstalten. Auf dieser Veranstaltung wurde dem führenden Funktionär der *NS-Rassenpolitik*, dem „Sachverständigen für Rasseforschung“ Achim Gercke, eine große Plattform geboten, in aller Deutlichkeit die Grundzüge und Aufgaben der *Rassenpolitik* sowie die vorgesehene Rolle der sippenkundlichen Vereine darzulegen.

Einleitend sprach Huyskens in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Gesellschaft über die Pflege der Familien- und *Rassenforschung* innerhalb des Vereins seit dessen Gründung 1913. „*Dies habe [der Verein] auch in den vergangenen Jahren getan, als jüdisch-marxistischer Geist dieses Werk belächelte. Heute seien diese Gedanken in weite Kreise gedrungen, denn ein stärkerer Wille stehe heute dahinter, nämlich der Wille und die Erkenntnis unseres Führers Adolf Hitler, dass in Rasse und Volkstum wieder das Fundament der Familie begründet werden muß.*“<sup>32</sup> Nach dieser programmatischen Einstimmung sprach Gercke offen über die bereits eingeleiteten und zukünftigen Maßnahmen: So führte er aus: „*Die Rassefragen [...] hätten zwei Seiten. Einmal sei es notwendig das Volk gesund zu erhalten, zum anderen aber müsse man die Art erhalten, damit kein fremdes Blut dazu komme. Zwei Naturprinzipien seien zu berücksichtigen: die Ausmerze Sorge für den Untergang der nicht Lebenstüchtigen und Lebenswerten; die Auslese aber Sorge für den Fortbestand des besonders Lebenswichtigen.*“<sup>33</sup> In dem am 14. Juli

---

<sup>29</sup> N.N., Die Sommertagung am 25. und 16. Juli 1933 in Aachen und Monschau, in: MWGF 7, H. 12 (1933), Sp. 475-477. Frick hatte bereits im Juni 1933 in einer Rundfunkrede auf die *Wichtigkeit* der Familienforschung hingewiesen. Ebd.

<sup>30</sup> Beim RMI ist die „Rassepolitik“ angesiedelt => Beleg!; Ernst Klee, Personenlexikon, S. 166.

<sup>31</sup> Telegramm Huyskens an Reichs[innen]minister Dr. Frick, Berlin (undatiert, 15. oder 16.7.1933), StAAc NL Huyskens, Nr. 46.

<sup>32</sup> N.N., Vereinschronik: Der Sachverständige für Rasseforschung auf einer großen Kundgebung unserer Gesellschaft im Gürzenich in Köln, in: MWGF VII, H. 12 (1933), Sp. 473-475, hier: Sp. 473.

<sup>33</sup> Ebd., Sp. 474.

1933 erlassenen „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ erkannte er ein *segensreiches Instrument*, den Kreis der Erbkranken mit Hilfe von Sterilisationen zu verringern.<sup>34</sup>

Dass diese öffentliche Veranstaltung zur Popularisierung der völkischen Sippenkunde kein einmaliges Zugeständnis an den Zeitgeist war, belegt ein Brief von Huyskens an die Obmänner der Ortsgruppen der Westdeutschen Gesellschaft vom 12. November 1933. Darin schwört er diese auf die völkisch-rassistische Familienforschung und ihre neuen Aufgaben im NS-Staat ein: *„Es gilt für unsere Gesellschaft sich dieser Stunde, die nicht mehr wiederkehrt, wert zu zeigen. [...] Jede Ortsgruppe muß im kommenden Winter das äußerste daran setzen, mit guten zeitgemäßen Vorträgen und Schulungsabenden an die Öffentlichkeit zu treten [...]“*<sup>35</sup> Mit diesem Aufruf leistete er der nachhaltigen Nazifizierung der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde Vorschub. Waren doch die Vorträge und Schulungsabende der Ortsvereine wichtige Foren, um breitere Bevölkerungs- und Mitgliederkreise mit den neuen Erfordernissen der Sippenkunde und *Rassenpolitik* vertraut zu machen.

Dabei wurden Huyskens und andere Vereinsfunktionäre nicht müde, immer wieder zu betonen, dass die Westdeutsche Gesellschaft auch bereits vor 1933 mit den wesentlichen *rassenpolitischen* „Ziel[en] der Nationalsozialistischen Partei und dem nationalsozialistischen Staat“ übereingestimmt habe und sich von daher *„keinen besonderen Ruck zu geben brauchte, um ihre schon von Anfang an im Sinne der rassistischen Erneuerung unseres Volkes geleisteten Arbeit der nationalsozialistischen Zielsetzung des neuen Reiches nach dem Umbruch anzupassen [...]“*<sup>36</sup>

Am 24.3.1935 verabschiedete die Hauptversammlung der Westdeutschen Gesellschaft eine neue Vereinssatzung, die den Verein nach dem *Führerprinzip* ordnete, nachdem die Ortsgruppen bereits seit längerer Zeit nach eben diesem organisiert waren.<sup>37</sup> Ob bei dieser Gelegenheit auch der *Arierparagraph* Aufnahme in die Satzung fand, ist nach unseren bisherigen Recherchen unklar, jedenfalls lag dem Heft 6, 1935 der „Mitteilungen der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde“ ein Fragebogen bei, der Auskunft über die *arische* Abstammung der Mitglieder verlangte. Nicht alle Mitglieder konnten diesen Nachweis erbringen und sahen sich daraufhin zum Austritt aus dem Verein gezwungen.<sup>38</sup>

Albert Huyskens nutzte die oben angesprochene Kundgebung im Kölner Gürzenich zu einer ersten Unterredung mit dem „Sachverständigen für Rasseforschung“ Achim Gercke, um in Verhandlungen zur Gleichschaltung der Westdeutschen Gesellschaft mit einem zu gründenden reichsweiten Verband der sippenkundlichen Vereine einzutreten. Am 27. März 1934 lud Gercke

---

<sup>34</sup> Ebd.; Vgl. zum „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ Manfred Vasold, *Medizin*, S. 241; Zwischen 1933-45 erfolgten ca. 400.000 Zwangssterilisationen. Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiß (Hg.), *Enzyklopädie des Nationalsozialismus*, Stuttgart 1997, Stichwort „Erbgesundheits“, S. 448.

<sup>35</sup> Huyskens an die Obmänner der Ortsgruppen der WGfF v. 12.11.1933, StAAc NL Huyskens, Nr. 69.

<sup>36</sup> Albert Huyskens, Zum silbernen Jubiläum unserer Gesellschaft, in: MWGF 10, H. 1-3 (1938), Sp. 1-8, hier: Sp. 5f.; vgl. auch H. Haehling von Lanzenauer, Die 25-Jahr-Feier der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde e.V., in: MWGF 10, H. 1-3 (1938), Sp. 183-188.

<sup>37</sup> N.N., Vereinschronik. Die Hauptversammlung 1935, in: MWGF 8, H. 7 (1935), Sp. 270; Brief Huyskens an Gercke vom 22.3.1934, StAAc, NL Huyskens, Nr. 54.

<sup>38</sup> Brief Dr. Fritz Caspari, Gstadt a/Chiemsee an Huyskens vom 6.3.1935, StAAc NL Huyskens, Nr. 48.

Huyskens in den Führerrat des in Aussicht genommenen „Reichsvereins für Sippenforschung und Wappenkunde“ (RSW) ein.<sup>39</sup> Bereits zwei Tage später berieten sich die beiden im Beisein von Heinz Haehling von Lanzenauer im Kölner Hotel „Monopol“ und verabredeten den Anschluss der Westdeutschen Gesellschaft an den Reichsverein zum 1. Januar 1935. Dabei erreichte Huyskens weitgehende Zugeständnisse, wie die Anerkennung der Zuständigkeit der Westdeutschen Gesellschaft für ihre gesamte bisherige Einflussosphäre.<sup>40</sup> Wie spätere Äußerungen von Huyskens zeigen, forderte er vom Reichsverein Schutz vor der drohenden Abspaltung einzelner Landesverbände. Gercke kam dieser Forderung mit der in Aussicht gestellten Berufung Huyskens' zum Führer des Landesverbandes Rheinland-Westfalen im Reichsverein weitgehend nach,<sup>41</sup> lediglich nach Süden und Südosten blieben die Grenzen der Westdeutschen Gesellschaft offen.<sup>42</sup>

Am 2. Juni 1934 nahmen Albert Huyskens und Heinz Haehling von Lanzenauer gemeinsam an der ersten Führertagung in Berlin teil, obwohl die Westdeutsche Gesellschaft zu diesem Zeitpunkt noch nicht in den Reichsverein eingetreten war.<sup>43</sup> Dazu kam es auch nicht mehr, wurde Gercke doch im März 1935 – nachdem er bereits der Korruption beschuldigt worden war – aufgrund seiner angeblichen homosexuellen Neigungen aus der Partei ausgeschlossen.<sup>44</sup>

Sein Nachfolger wurde SS-Untersturmführer Kurt Mayer, der u.a. Vorsitzender des Berliner familienkundlichen Vereins „Der Herold“ war. Eine seiner ersten Amtshandlungen bestand darin, die Liquidierung des „Reichsvereins für Sippenforschung und Wappenkunde“ einzuleiten und eine eigene Organisation, nämlich den „Volksbund der sippenkundlichen Vereine“ (VSV), zu installieren.<sup>45</sup>

In einem Schreiben vom 2. April 1934 gratulierte Huyskens Mayer zum Amtsantritt und befürwortete die bevorstehende Gründung des Volksbundes. Weiter teilte Huyskens mit, dass Mayers Rundschreiben vom 18. März den Beitritt der Westdeutschen Gesellschaft zum Reichsverein verhindert habe, ferner sei die in Aussicht gestellte landschaftliche Gliederung des Volksbundes und die Liquidierung kleinerer Vereine sehr zu begrüßen.<sup>46</sup> Im Oktober 1935 verkündete Huyskens offiziell die Bereitschaft der Westdeutschen Gesellschaft zur Mitarbeit im Volksbund, und der wenig später erfolgte Beitritt vollendete die Selbstgleichschaltung des Vereins.<sup>47</sup> Huyskens und von Haehling wurden in den Führungsgremien von Reichsverein und Volksbund über die neuesten Maßnahmen und Mittel der *NS-Rassenpolitik* aus erster Hand informiert: z.B.

---

<sup>39</sup> Gercke an Huyskens vom 27.3.1934, StAAc, NL Huyskens, Nr. 54.

<sup>40</sup> Brief Huyskens an Gercke vom 10.4.1934, ebd.

<sup>41</sup> Huyskens an OB Quirin Jansen vom 19.9.1934, ebd.

<sup>42</sup> Gercke an Huyskens vom 5.5.1934, ebd.

<sup>43</sup> Albert Huyskens, Reichsverein für Sippenforschung u. Wappenkunde e.V. und die Westdeutsche Gesellschaft für Familienkunde e.V., in: MWGF 8, H. 4 (1934), Sp. 155f.; Zu den Intrigen und Machtkämpfen im RSW vgl. Haehling an Huyskens v. 24.6.1934, StAAc, NL Huyskens, Nr. 50.

<sup>44</sup> Cornelia Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 90; Diana Schulle, Das Reichssippenamt, S. 236.

<sup>45</sup> Ebd., S. 237f.

<sup>46</sup> Huyskens an Mayer v. 2.4.1935, StAAc, NL Huyskens, Nr. 55.

<sup>47</sup> Albert Huyskens, Vereinschronik, Anschluss der Westdeutschen Gesellschaft an den Volksbund der deutschen sippenkundlichen Vereine (VSV) e.V., Herbsttagung des Volksbundes in Gotha, in: MWGF 8, H. 10 (1936), Sp. 392f.



über die Durchführung von Zwangssterilisationen und die geplante Reichssippenkartei.<sup>48</sup> Zugleich stellten sie ihr eigenes Fachwissen in den Dienst der *Rassenpolitik* auf Reichsebene.<sup>49</sup> Und 1938 brüstete sich Huyskens in seiner Rede auf der Jubiläumsfeier zum 25-jährigen Bestehen der Westdeutschen Gesellschaft damit, dass der Verein durch die Vermittlung geschulter Mitarbeiter an die Reichs- und Parteistellen für die Durchführung *rassenpolitischer Aufgaben* nützliche Dienste geleistet habe.<sup>50</sup>

Auch mit ihrer wissenschaftlichen und publizistischen Tätigkeit stellten sich Huyskens und die Westdeutsche Gesellschaft in den Dienst der nationalsozialistischen *Rassenpolitik*. Das 1934 als Sonderheft der Mitteilungen der Westdeutschen Gesellschaft erschienene „Verzeichnis der rheinischen Kirchenbücher“ von Heinrich Löcherbach verstand sich vordergründig als ein Beitrag zur Kirchenbuchforschung, diente aber zugleich den Behörden – wie bereits eingangs erwähnt – als wohl wichtigstes Hilfsmittel für den Nachweis der *arischen Abstammung* bzw. für die Identifizierung der jüdischen Bevölkerung. Für diese unheilvolle Beziehung zwischen Wissenschaft und Politik ist das auf Wunsch Huyskens' von Gercke verfasste Geleitwort zum Verzeichnis Löcherbachs symptomatisch.<sup>51</sup>

Ebenso deutlich verband Huyskens in seiner im Juni 1935 veröffentlichten „Rheinischen Familienkunde“<sup>52</sup> Wissenschaft und *Rassenpolitik*. Sein Buch diente als Einführung in die Familienkunde und praktischer Leitfaden, wie der Nachweis der *arischen Abstammung* im Sinne der *rassenpolitischen Gesetze* zu erbringen sei: „So stehen wir vor einem neuen Sinn der Familienkunde, der völkischen Bedeutung ihrer Pflege für die Zukunft unseres Volkes, das ohne Übertreibung wohl eines der wertvollsten der Erde genannt werden kann und das nach seiner Lebenskraft wie nach seinen Anlagen noch zu großen Aufgaben in der Zukunft berufen ist, als Teil der arischen Rasse, der Trägerin der Menschheitsentwicklung in den letzten Jahrtausenden. Um diese arische Rasse von fremden Blutseinflüssen zu befreien und sie zum alleinigen Herrn ihrer eigenen Geschicke und ihrer Entwicklung zu machen, ist der Nachweis der arischen Abstammung eingeführt.“<sup>53</sup> In Kapitel 4 legt er dazu ausführlich und in sachlicher Nüchternheit das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ aus, wohlwissend, dass auf dessen Grundlage inzwischen seine jüdischen Kollegen an der TH Aachen entlassen und damit um ihre bürgerliche Existenz gebracht worden waren.<sup>54</sup>

---

<sup>48</sup> Korrespondenz für Rasseforschung und Familienkunde, hg. von Karl Brammer, Berlin 6.6.1934, StAAc, NL Huyskens, Nr. 53.

<sup>49</sup> Ebd.

<sup>50</sup> Z.B. wechselte der Bibliothekar der WGfF zum „Amt für Sippenforschung der NSDAP“. W. Föhl an Huyskens v. 20.1.1936, StAAc, NL Huyskens, Nr. 69; vgl. auch Rede Huyskens zur Jubiläumsfeier der WGfF am 9./10.7.1938, StAAc, NL Huyskens, Nr. 71.

<sup>51</sup> Huyskens an Gercke vom 4.12.1934, StAAc, NL Huyskens, Nr. 54.

<sup>52</sup> Herausgeber ist der Bonner Germanist Hans Naumann, der u.a. im Mai 1933 Hauptredner bei der Bonner Bücherverbrennung war. Vgl. Michael Grüttner, Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, Heidelberg 2004, S. 123.

<sup>53</sup> Albert Huyskens, Rheinische Familienkunde, Düsseldorf 1935, S. 7f.

<sup>54</sup> Ebd., S. 14f.; Zu den vertriebenen jüdischen Professoren der TH Aachen vgl. Ulrich Kalkmann, Die Technische Hochschule Aachen, S. 120-146.

Huyskens sah eine der Hauptaufgaben der Familienkunde im Bereich der privaten und sozialen Rassenhygiene, er forderte die Auslese der „weniger wertvollen Erbstämme“ zum Zwecke der *Volksaufartung*. Es werde Aufgabe der Sippenämter sein, „in geeigneter Eheberatung die praktischen Folgerungen der Erblichkeitsforschung zum Besten des Volkes und seiner Zukunft zu ziehen.“<sup>55</sup> Diese Ausführungen müssen vor dem Hintergrund des bereits erwähnten „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933 und Huyskens’ Kenntnis von den ergriffenen Maßnahmen, wie den Zwangssterilisationen, gesehen werden.

Der unmittelbare Zusammenhang zwischen wissenschaftlicher Familienkunde und der Verfolgungspraxis des Regimes wird mit dem folgenden Vorgang besonders deutlich. In einer sippenkundlichen Ausstellung des Stadtarchivs „Praktische Wege zur Ahnenforschung“ im Mai 1936, auf die noch zurückzukommen sein wird, wurde ein standesamtliches Protokoll über die während der französischen Zeit erfolgte Namensänderung der Juden in Aachen von 1808 öffentlich ausgestellt.<sup>56</sup> Im Dezember 1936 beantwortete Huyskens am Schluss eines Vortragsabends vor den Mitgliedern des „Aachener Geschichtsvereins“ eine Briefkasten-anfrage über die Annahme christlicher Vor- und Familiennamen seitens der Aachener Juden, indem er die entsprechende französische Gesetzgebung erläuterte und kommentierte.<sup>57</sup> Das erwähnte Standesamtsprotokoll sandte Huyskens auch an die „Reichsstelle für Sippenforschung“ in Berlin, wie ein Schreiben vom 18. Februar 1937 belegt, in dem die Reichsstelle den Empfang bestätigte.<sup>58</sup> Zeitgleich erschien in Heft 2 der Mitteilungen der Westdeutschen Gesellschaft ein nüchterner, lokalhistorischer Beitrag von Albert Huyskens über die „Bestimmungen der Namensgebung der Juden im Gebiet des ehemaligen französischen Rechts in ihrer Anwendung auf Aachen“.<sup>59</sup> Darin weist Huyskens darauf hin, dass sich Juden in Aachen und anderenorts christliche Familiennamen aneigneten und damit in der Lage waren, „ihre Zugehörigkeit zum Judentum zu verschleiern“.<sup>60</sup> Dazu gab er auch einige konkrete Beispiele für jüdische Familiennamen aus Aachen an, deren Träger er damit bloßstellte. Darüber hinaus muss dieser Aufsatz als eine kollektive Denunziation der betroffenen Personengruppe bewertet werden. Dies zeigen die nachfolgenden Reaktionen. Bereits im nächsten Heft erschien unter dem Titel „Ein bedauerlicher Missgriff bei der Namengebung der Juden“ eine Leserzuschrift. Für den Ort Wickrath wurden darin weitere Beispiele für jüdische Familien namentlich angeführt, die sich christliche Familiennamen zugelegt hatten.<sup>61</sup> Und schließlich verlangte das „Rassenpolitische Amt“ des Gaués Köln-Aachen, dessen Leiter Toni Merzenich in enger Verbindung zu Huyskens als Vorsitzendem der Westdeutschen

---

<sup>55</sup> Ebd., S. 13.

<sup>56</sup> Schreiben Huyskens’ vom 24.3.1936, StAAc, Dienstregistratur, 450-64.

<sup>57</sup> Zweiter Vortragsabend des AGV am 18.12.1936, Mitschrift von Carl Schué Vortrag von Franz Petri „Der Vorstoß der Franken nach Westen und die Bildung der westlichen Sprachgrenze“, StAAc Depositum AGV, Nr. 170.

<sup>58</sup> Reichsstelle f. Sippenforschung an StAAc v. 18.2.1937, StAAc, Dienstregistratur, 450-197.

<sup>59</sup> Für den Zeitpunkt der Veröffentlichung vgl. StAAc an OB Ac v. 19.2.1937, ebd.

<sup>60</sup> Albert Huyskens, Bestimmungen über die Namengebung der Juden im Gebiet des ehemaligen französischen Rechts in ihrer Anwendung auf Aachen, in: MWGF 9, H. 2 (1937), Sp. 77f.

<sup>61</sup> W. Rheinen, Ein bedauerlicher Missgriff bei der Namengebung der Juden, in MWGF, 9, H. 3 (1937), Sp. 117f.

Gesellschaft stand, im Jahre 1939 von den Stadtarchiven sämtliche Unterlagen über jüdische Namensänderungen.<sup>62</sup>

Der gesamte Vorgang zeigt in aller Deutlichkeit, wie sich die Familienforschung und namentlich Albert Huyskens unter dem Deckmantel positivistischer Wissenschaft an den *rassenpolitischen* Verfolgungsmaßnahmen des NS-Staates beteiligte.

### **Das Aachener Stadtarchiv: Ariernachweise zwischen Aachen und Aabel**

Wir hatten bereits erläutert, dass Kirchenbücher und Standesamtsregister die wichtigsten schriftlichen Quellen für den Nachweis der *arischen* Abstammung darstellten. Damit wurden die Standesämter und Stadtarchive zu zentralen Institutionen bei der praktischen Umsetzung der nationalsozialistischen *Rassenpolitik*. Josef Knöpfler, Direktor der Bayerischen Archivverwaltung, stellte 1936 auf dem Deutschen Archivtag in Karlsruhe mit Befriedigung fest: „*Mit anderen Worten, es gibt keine Rassenpolitik, es gibt auch keine Erbbiologie ohne Archive, ohne Archivare.*“<sup>63</sup> Und für das Aachener Stadtarchiv konstatierte er besonders günstige Verhältnisse: „*Das Archiv besitzt seit 1903 die sämtlichen älteren Kirchenbücher (103 Bände) und seit 1934 auch die ursprünglich französischen Standesamtsregister von 1798 bis 1876 [...].*“<sup>64</sup> Im Folgenden soll deshalb die praktische Arbeit des Aachener Stadtarchivs auf den Gebieten der Sippenkunde und *Rassenpolitik* eingehender dargestellt werden.

Das Aachener Stadtarchiv war durch das Interesse seines Direktors Huyskens schon lange mit der Familienkunde eng verbunden und sah es nach der *Machtergreifung* als seine vornehmliche Aufgabe an, die neue Bedeutung von Familien- und Sippenforschung der Aachener Bevölkerung zu vermitteln. Bereits zur Sommertagung der Westdeutschen Gesellschaft in Aachen am 15. und 16. Juli 1933 bereitete das Archiv eine Ausstellung unter dem Titel „*Menschen von einst in ihrer berufsständischen Ordnung*“ vor.<sup>65</sup>

Hauptsächlich zu Schulungszwecken veranstaltete das Stadtarchiv vom 1. April bis 3. Mai 1936 die Ausstellung „*Praktische Wege zur Ahnenforschung*“.<sup>66</sup> Huyskens erklärte: „*Der Zweck der Ausstellung ist einmal, Sinn und Bedeutung des von der nationalsozialistischen Regierung geforderten Nachweises der arischen Abstammung zu erläutern, dann aber auch, zu einer Vertiefung und einem Ausbau des bei dem Nachweis gewonnenen Einblicks in Herkunft, Familie und Sippe anzuregen.*“<sup>67</sup> Erarbeitet hatte die Ausstellung Stadtarchivar Walter Kaemmerer. Bereits

---

<sup>62</sup> Klaus Wisotzky, Die rheinisch-westfälischen Stadtarchive im Dritten Reich, Typoskript September 2005.

<sup>63</sup> Josef Franz Knöpfler, Die deutschen Archive und die Familienforschung im neuen Reich, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 83 (1936/37), S. 180-195, hier: S. 180.

<sup>64</sup> Ebd., S. 186.; StAAc an Archivdirektor Dr. Ruppertsberg, StA Frankfurt a.M. v. 2.2.1937, StAAc, Dienstregistratur, 450-197.

<sup>65</sup> Bericht des Stadtarchivs 1933, StAAc, Dienstregistratur, 450-55. Wir erwähnen hier nur familienkundliche Ausstellungen, daneben beteiligte sich das Stadtarchiv auch an weiteren Ausstellungsprojekten (z.B. Schlageter Ausstellung 1933).

<sup>66</sup> Halbjahresbericht des Stadtarchivs v. 1.4.1936, ebd.

<sup>67</sup> Huyskens vom 24.3.1936, StAAc, Dienstregistratur, 450-64.

am Eingang wurden in einem Wandkasten das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, das „Reichsbürgergesetz“ und ein Ahnentafelformular der NSDAP ausgestellt, sowie Stammtafeln bekannter Aachener Familien. Im nächsten Kasten befanden sich u.a. das älteste Aachener Kirchenbuch aus St. Adalbert und das bereits erwähnte Standesamtsprotokoll von 1808 über die Namensänderungen der jüdischen Bevölkerung in Aachen. Den Abschluss der Schau bildete die mit Hoheitszeichen und Fähnchen geschmückte Ahnentafel von Adolf Hitler nebst einer Büste.<sup>68</sup>

Für die große Ausstellung „Schaffendes Grenzland“ im Neuen Kurhaus vom 7. bis 19. Oktober 1938 schlug Huyskens Stadtoberinspektor Franck in einem Schreiben einen Figurenfries vor: „Vom Beschauer links vor dem Hintergrund einer Ahnentafel ein Archivar, der einem vor ihm stehenden SS-Mann eine Urkunde aushändigt, in der Mitte vor dem Hintergrund eines Aktengestells hinter einem Tisch ein Forscher eine alte Pergamenturkunde mit Siegeln lesend, rechts ein Bote einen Brief in einen Reichspostbriefkasten einwerfend.“<sup>69</sup> Der abgebildete SS-Mann sollte ein Hinweis darauf sein, dass SS-Angehörige ihre *arische Abstammung* bis 1750 nachweisen mussten. Die Sachkenntnisse des Archivars waren hier aufgrund der oftmals schwierigen Quellenlage besonders gefordert. In einem Vorgang vom November 1935 konnte Huyskens Zweifel des „Sippenamtes beim Rasse- und Siedlungshauptamt der SS“ an der arischen Abstammung eines SS-Angehörigen nur unter Rückgriff auf seine regional- und lokalgeschichtlichen Kenntnisse entkräften.<sup>70</sup>

Dies leitet über zur praktischen Mitarbeit des Stadtarchivs bei der Ausstellung von Abstammungsnachweisen. Bereits seit Februar 1933 waren der Stadtarchivar Walter Kaemmerer und der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Wilhelm Mummenhoff hauptsächlich mit den familienkundlichen Nachforschungen zum Zwecke der Nachweisung der *arischen Abstammung* beschäftigt, zunächst wohl für neue NSDAP-Mitglieder, ab April 1933 für die Beamten. Dadurch stieg die Zahl der schriftlichen Anfragen derart rapide an, dass der Bericht des Stadtarchivs für das erste Halbjahr 1934 eine Verdoppelung der Benutzerzahlen vermerkte.<sup>71</sup> Am 18. April 1934 wurde dann zur Entlastung des Aachener Standesamtes die offizielle „Familienkundliche Auskunftsstelle für den Nachweis der arischen Abstammung“ unter Federführung des Stadtarchivs eingerichtet.<sup>72</sup> Damit reagierte die Stadt auf die – durch die *rassepolitischen Gesetze* hervorgerufene – enorm gestiegene Nachfrage. Das Stadtarchiv erhielt fünf zusätzliche hauptamtliche Mitar-

---

<sup>68</sup> Ebd.; Bereits im Heft 10, 1933 der MWGfF war ein Artikel von Heinz Haehling von Lanzenauer erschienen, der über die Ahnentafeln von Adolf Hitler und Franz v. Pape die Bedeutung von Familien- und Rassenforschung popularisieren wollte. Heinz Haehling von Lanzenauer, Männer von heute und ihre Abstammung, in: MWGfF 7, H. 10 (1933), Sp. 384f.

<sup>69</sup> Brief Huyskens an den Stadtoberinspektor Franck, Aachen vom 8.9.1938, StAAc, Dienstregistratur, 450-64.

<sup>70</sup> Huyskens an den Chef des Sippenamtes beim Rasse- und Siedlungshauptamt SS vom 8.11.1935, StAAc, Dienstregistratur, 450-196.

<sup>71</sup> Halbjahresbericht des Stadtarchivs April-September 1934 v. 1.10.1934, StAAc, Dienstregistratur, 450-55.

<sup>72</sup> Jahrsbericht Stadtarchiv 1934, ebd.

beiter zugewiesen. Unter der anfänglichen Leitung von Mummenhoff<sup>73</sup> waren vier von ihnen ausschließlich mit dem *Ariernachweis* beschäftigt, während der fünfte Mitarbeiter, ein Buchbinder, für die Bestandserhaltung zuständig war.<sup>74</sup> Dieser Bestand war durch die Übernahme der Standesamtsregister von 1798 bis 1875 gewaltig gewachsen. Hatte das Stadtarchiv doch erreicht, dass das Aachener Standesamt seine 545 Bände abgab.<sup>75</sup>

Bereits im ersten Jahr bearbeiteten die Mitarbeiter der Auskunftsstelle 3250 schriftliche und mündliche Anfragen sowie 250 Nachprüfungen von Parteidienststellen. Archiv und Auskunftsstelle klagten in ihren Verwaltungsberichten mit dem Verweis auf diese Zahlen über völlige Überlastung. Im September 1935 erhielt das Stadtarchiv einen Spezial-Kontophot-Aufnahme-Apparat, mit dessen Hilfe die wörtlichen Abschriften aus den Standesamtsregistern durch photographische Reproduktionen ersetzt werden konnten.<sup>76</sup> Der Photoapparat war in Anbetracht der weiter steigenden Benutzerzahlen eine unerlässliche Hilfe.<sup>77</sup> 1938 verkündete das Stadtarchiv auf der erwähnten Ausstellung „Schaffendes Grenzland“ stolz, bereits 17545 Urkunden für den Nachweis der *arischen Abstammung* ausgestellt zu haben.<sup>78</sup> Zum 1. September 1938 wurde die Auskunftsstelle dem Aachener Standesamt angegliedert, und auch die zuvor übernommenen Bestände wurden an dieses zurückgegeben.<sup>79</sup>

Noch bevor die Schriftdenkmalsicherung von Partei- und Regierungsseite offiziell angeordnet worden war, erkannte Albert Huyskens klar die immense Bedeutung von Kirchenbüchern und Personenregistern für die *NS-Rassenpolitik*. In einem Brief an das Landesarbeitsamt Köln schrieb er im Juli 1933: „*Die bessere Fürsorge für dieses unersetzliche Material erscheint nicht nur im Interesse unserer Gesellschaft, sondern im Interesse der Allgemeinheit unerlässlich, wenn die Bestrebungen des neuen Deutschlands auf dem Gebiet der Rassenkunde und Vererbungslehre mit dem Ziele einer Deutschen Rassenpolitik wirksam gefördert werden sollen.*“<sup>80</sup> Vergeblich bemühte er sich mit diesem Schreiben um die Abstellung von Hilfskräften des freiwilligen Arbeitsdienstes für die Anfertigung von Kirchenbuchregistern.<sup>81</sup>

Ein Briefwechsel von Regierungspräsident Eggert Reeder<sup>82</sup> mit dem Aachener Stadtarchiv vom August 1934 verdeutlicht, wie früh Huyskens die Zeichen der Zeit erkannt hatte. Mit Blick auf die häufig mangelhafte Aufbewahrung der Kirchenbücher im Regierungsbezirk Aachen forder-

---

<sup>73</sup> Ab dem 1.6.1936 leitet Stadtoberinspektor Hugo Nießen die Auskunftsstelle. Halbjahresbericht des Stadtarchivs v. 1.4.1936, ebd.

<sup>74</sup> Urlaubsliste 1937 der familiengeschichtlichen Auskunftsstelle des Stadtarchivs, StAAc, Dienstregistratur, 450-51.

<sup>75</sup> Josef Knöpfler, Archive, S. 186.; Halbjahresbericht des Stadtarchivs April-September 1934 v. 1.10.1934, StAAc, Dienstregistratur, 450-55.

<sup>76</sup> Halbjahresbericht des Stadtarchivs v. 1.10.1935, ebd.; StAAc an das StA Marburg v. 16.10.1936, ebd., 450-197.

<sup>77</sup> Verwaltungsbericht 1936, ebd.

<sup>78</sup> Brief Huyskens an den Stadtoberinspektor Franck, Aachen vom 8.9.1938, StAAc, Dienstregistratur, 450-64.

<sup>79</sup> Bericht für die Verwaltung und wissenschaftliche Tätigkeit des Archivs für die Zeit vom 1.4.-1.10.1938, StAAc, Dienstregistratur, 450-55.

<sup>80</sup> Brief Huyskens an das Landesarbeitsamt Köln vom 15.7.1933, StAAc, NL Huyskens, Nr. 48.

<sup>81</sup> Bezirkskommissar für den Arbeitsdienst im Bezirk des Landesarbeitsamtes Rheinland an Huyskens vom 22.7.1933, ebd.

<sup>82</sup> Ernst Klee, Personenlexikon, S. 484.

te Reeder: „*Hier ist unbedingt für schnelle und wirksame Abhilfe zu sorgen, da eine der wesentlichen Voraussetzungen für alle Maßnahmen auf bevölkerungspolitischem und rassepolitischem Gebiet, denen die Reichsregierung ganz besonderes Gewicht beilegt, die Sicherstellung der auf uns gekommenen Schriftdenkmäler mit den Angaben über unsere Vorfahren ist. Das deutsche Volk hat einen Anspruch darauf, dass die Schriftstücke, die ihrem Inhalte nach die einzige Quelle zur Feststellung seiner rassischen Vergangenheit sind, als sein wertvollster Gemeinbesitz geachtet und vor jedem Schaden bewahrt werden.*“<sup>83</sup>

Eine besondere Bedrohung für die Archivalien ergab sich danach aus ihrer starken Beanspruchung durch die gestiegenen Benutzeranfragen bezüglich Urkunden für den Abstammungsnachweis. Huyskens verfügte daraufhin im Oktober 1934, dass ab sofort die persönliche Benutzung der Kirchenbücher auf ausgewiesene Sippenkundler beschränkt sei und von ihm persönlich genehmigt werden müsse. Seine Anordnung ließ er sich gegen Unterschrift von allen Archivmitarbeitern bestätigen und drohte bei Zuwiderhandlung damit, dem Oberbürgermeister Meldung zu erstatten.<sup>84</sup>

Anfang Dezember 1934 dankte Huyskens Gercke, dass ihm durch dessen Mitarbeiter von Klitzing der neueste Stand der Reproduktion von Kirchenbüchern zugänglich gemacht worden war. Huyskens teilte Gercke mit: „*Ich habe dem Herrn Oberbürgermeister hier vorgeschlagen, eine solche Einrichtung zu schaffen, die dann vielleicht auch einem weiteren Bezirk nutzbar gemacht werden kann.*“<sup>85</sup> Dieser Vorschlag wurde offensichtlich aufgegriffen. Nachdem schon die Auskunftsstelle im September 1935 den oben erwähnten Fotoapparat erhalten hatte, wurde im darauffolgenden Monat auch das Stadtarchiv mit einem Apparat ausgestattet. Das angeschaffte Modell, ein kombinierter Spezial-Film-Aufnahme- und Wiedergabe-Apparat Kontophot, wurde – wie man stolz vermerkte – ebenfalls von der Berliner „Reichsstelle für Sippenforschung“ verwendet.<sup>86</sup>

Das Aachener Stadtarchiv begann umgehend mit der fotografischen Reproduktion schadhafter Kirchenbücher und weiterer sippenkundlicher Archivalien, wie z.B. der Burtscheider Einwohnerliste von 1812.<sup>87</sup> Dem Verwaltungsbericht von 1939 ist zu entnehmen, dass bis zu diesem Zeitpunkt 33 Kirchenbücher vollständig dupliziert worden waren. Passend zu diesen Sicherungsmaßnahmen der sippenkundlichen Archivalien zierte fortan der Führerausspruch „*Kein Volk lebt länger als die Dokumente seiner Kultur*“ das Treppenhaus des Stadtarchivs.<sup>88</sup>

Parallel zur Schriftdenkmalsicherung bemühte sich das Aachener Stadtarchiv, eine sippenkundliche Zweitüberlieferung zu erschließen. So war beispielsweise in den französischen Standesamtsregistern die Religionszugehörigkeit nicht vermerkt – der zentrale Pfeiler, auf dem die na-

---

<sup>83</sup> RP an StAAc durch OB Ac v. 15.8.1934, StAAc, Dienstregistratur, 450-51.

<sup>84</sup> Huyskens an sämtliche Beamte und Angestellte des StA gegen Unterschrift v. 13.10.1934, StAAc, Dienstregistratur, 450-51.

<sup>85</sup> Huyskens an Gercke vom 4.12.1934, StAAc, NL Huyskens, Nr. 54.

<sup>86</sup> StAAc an das StA Marburg v. 16.10.1936, StAAc, Dienstregistratur, 450-197.

<sup>87</sup> Verwaltungsbericht 1936, StAAc, Dienstregistratur, 450-55.

<sup>88</sup> Verwaltungsbericht 1939, ebd.

tionalsozialistische *Rassenpolitik* fußte. 1935/36 begannen deshalb die Vorarbeiten zu einer Sippenkartei der Aachener Bevölkerung, in der zu jedem Einwohner seine *rassische Zugehörigkeit* vermerkt werden sollte.<sup>89</sup> Dazu wurden in den folgenden Jahren ein Einwohnerverzeichnis für die Reichsstadt Aachen erstellt und die Einwohnerverzeichnisse für Aachen und Burtscheid von 1812 verkartet.<sup>90</sup>

Angeregt und unterstützt wurde die Arbeit an einer Aachener Bevölkerungsgenealogie, wie sie das Stadtarchiv betrieb, von Gerckes Vorhaben, eine Reichssippenkartei anzulegen und von regionalen Aktivitäten, wie das Verkartungsprojekt des Gausachbearbeiters für Sippenkunde im Nationalsozialistischen Lehrerbund Gau Köln-Aachen, Gerresheim. Im November 1938 stellte dieser in einem Vortrag sein Vorhaben in Aachen vor, woraufhin ihm Huyskens seine Unterstützung zusicherte.<sup>91</sup>

Das von Wilhelm Mummenhoff bearbeitete Buch „Die Einbürgerungen in der Reichsstadt Aachen, 1656-1794“ stellte den Versuch dar, die *rassische Herkunft* der Aachener Bevölkerung im Sinne der NS-Ideologie bis ins 17. und 18. Jahrhundert zurückzuverfolgen. Huyskens schrieb dazu: „Die Arbeit verwertet alle aktenmäßigen Nachweise über Herkunft, Alter, Beruf und Familienstand der Eingebürgerten und wird so ein wertvolles Hilfsmittel zur Ermittlung der rassenmässigen Herkunft der Einwanderer und zur Beleuchtung der völkischen Verhältnisse im Grenzland um Aachen. Sie beruht auf langjähriger archivalischer Forschung.“<sup>92</sup> Das Buch sollte bereits 1939 als Heft 1 der „Westdeutschen Bürgerbücher“, einer neuen Veröffentlichungsreihe der Westdeutschen Gesellschaft, erscheinen. Huyskens hatte als Vorsitzender des Vereins bereits staatliche Zuschüsse eingeworben, aber Probleme bei der Papierbeschaffung verhinderten seine Veröffentlichung.<sup>93</sup>

Ein durchaus verwandtes Projekt bearbeitete Stadtarchivar Walter Kaemmerer 1938/39 unter dem Titel „Bevölkerungsbewegung in der Reichsstadt Aachen während des 17. und 18. Jahrhunderts“, das die Familienbewegungen zwischen dem Aachener, Limburger und Lütticher Land untersuchte. Betreut wurde Kaemmerer durch den SS-Mann Georg Scherdin<sup>94</sup>, der dazu auch Gelder des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland, Außenstelle West, an ihn weiterleitete.<sup>95</sup> Beide Vorgänge machen erneut den engen Zusammenhang zwischen geschichts- und familienwissenschaftlicher Forschung auf der einen und den *rassenpolitischen* Verfolgungsmaßnahmen des NS-Staates auf der anderen Seite sichtbar.

---

<sup>89</sup> Verwaltungsbericht 1936, ebd.

<sup>90</sup> Monatsberichte über die Ordnungsarbeiten und Privatarbeiten der wissenschaftlichen Beamten, StAAc, Dienstregistratur, 450-190.

<sup>91</sup> Brief Huyskens an Gerresheim vom 19.11.1938, ebd., 450-190.

<sup>92</sup> Huyskens f. WGfF an Oberpräsidenten der Rheinprovinz v. 7.3.1941, ALVR, Nr. 12762.

<sup>93</sup> Ebd.; Ebenso wie die MWGfF und die ZAGV erhielten die Sonderveröffentlichungen der WGfF keine Druckgenehmigung mehr. Vgl. exemplarisch Landeshauptmann Haake an Huyskens v. 19.8.1941, ALVR, Nr. 12761.

<sup>94</sup> Zu Georg Scherdin vgl. Thomas Müller, Zwischen Rhein und Maas Buchfassung, Magisterarbeit RWTH Aachen, Typoskript März 2003.

<sup>95</sup> Bundesleitung VDA, Hilgers an Bankdirektor Höfermann, Commerz- und Privatbank Düsseldorf v. 12.8.1938, ALVR, Nr. 4585.

Neben dem Erschließen der eigenen Bestände war das Stadtarchiv unter Huyskens' Leitung bestrebt, zusätzliche sippenkundliche Archivalien zu requirieren. Im Februar 1934 regte Huyskens an: „Mit Rücksicht darauf, dass die Angabe des Religionsbekenntnisses, welches für die Feststellung der arischen Abstammung unerlässlich ist, in den Standesamtsregistern erst seit 1876 erfolgt, dürfte es zweckmäßig sein, die sämtlichen bei den Kirchengemeinden noch vorhandenen Register über Taufen, Heiraten, Todesfälle und sonstige Personenstandsaufzeichnungen bis zum Jahre 1875 einschließlich im Stadtarchiv mit den älteren Registern zu vereinen und der allgemeinen Benutzung zugänglich zu machen.“<sup>96</sup> Diese Initiative scheiterte jedoch, und man begnügte sich zunächst damit, die externen Bestände zu verzeichnen. In diesen Kontext gehören auch die sippenkundlichen Aktivitäten des Aachener Geschichtsvereins. Nach dem Überfall der Wehrmacht auf das benachbarte Belgien und der im Mai 1940 erfolgten Eingliederung Eupen-Malmedys in das Deutsche Reich entstand unter der Leitung von Albert Huyskens das regionalgeschichtliche Buchprojekt „Zwischen Aachen und Auel“. Das Ganze war geplant als „deutschsprachiges Handbuch für die Verwaltung und Heimatpflege über die mit dem Kreise Eupen vereinigten altbelgischen Gebiete“.<sup>97</sup> Bestandteil des Buches sollte u.a. in Ergänzung zu Löcherbachs Verzeichnis eine Aufstellung aller Standesamtsregister und Kirchenbücher des Kreises Eupen sein.<sup>98</sup> Das Buch wurde wegen Schwierigkeiten beim Druck trotz großen Interesses bei den zuständigen Behörden nicht mehr veröffentlicht.<sup>99</sup>

Im Februar 1941 wurde Stadtarchivar Walter Kaemmerer mit der Überführung der in Verviers lagernden Standesamtsregister und von Akten des Kreises Eupen-Malmedy an das Aachener Landgericht betraut. Wie weit das Aachener Stadtarchiv selber bei der Requirierung von Archivalien zu gehen bereit war, lässt sich dadurch erahnen, dass sich Kaemmerer wegen der beschlagnahmten Klosterbüchereien in Aachen und Mariawald 1941/42 an die Geheime Staatspolizei wandte.<sup>100</sup>

## **Zwischenfazit und Deutungsangebote**

Im Anschluss an diese Darstellung kommen wir zu einem Zwischenfazit. Albert Huyskens und mit ihm das Aachener Stadtarchiv und die Westdeutsche Gesellschaft für Familienkunde begrüßten nicht allein die gesteigerte Aufmerksamkeit, die der Familienkunde und der Arbeit der Archivare von den neuen Machthabern nach 1933 geschenkt wurde. Wie aus unseren Recherchen hervorgeht, beteiligten sie sich willfährig an der Propagierung der *rassepolitischen* Ziele und deren Umsetzung. Ohne ihre Sachkenntnis und akribische Mitarbeit wäre es so nicht mög-

---

<sup>96</sup> OB Ac an RP v. 28.2.1934, ebd., 450-55.

<sup>97</sup> Huyskens an das Polizeipräsidium Abt. Zulassungen v. 28.9.1940, StAAc, Depositum AGV, Nr. 245.

<sup>98</sup> VI 2. Die sippenkundlichen Quellen, Manuskript, o.V., ebd., Nr. 248.

<sup>99</sup> Der Aachener Regierungspräsident war bereit das Projekt mit bis zu 5000 RM zu unterstützen. Huyskens an den RP v. 30.12.1940, ebd., Nr. 245; RP an AGV v. 15.1.1941, ebd.

<sup>100</sup> Klaus Wisotzky, Stadtarchive.



lich gewesen, Tausenden von Menschen Auskünfte über ihre *arische Abstammung* zu erteilen.<sup>101</sup>

Dabei waren sich Huyskens und seine engsten Mitarbeiter über die Folgen ihrer Tätigkeit im Klaren. Sie wussten, dass die Ermittlung von *Nichtariern* für diese Stigmatisierung, Verlust der beruflichen und materiellen Existenz bis hin zu ihrer Aussonderung und Deportation bedeutete. Dabei agierten sie keineswegs als bloße Befehlsempfänger, sondern entwickelten zahlreiche eigene Initiativen. So versuchten sie, durch den Einsatz moderner technischer Hilfsmittel die Leistung der Auskunftsstelle zu steigern. In vorauseilendem Gehorsam begannen sie mit der restlosen sippenkundlichen Erfassung der gesamten Aachener Bevölkerung. Und schließlich beteiligten sie sich als „kämpfende Wissenschaftler“ an den *rassenpolitischen* Unrechtsmaßnahmen des Regimes.

Im folgenden geben wir für Albert Huyskens' tiefe Verstrickung in die *Rassenpolitik* des *Dritten Reiches* drei Deutungsangebote.

1.) Huyskens begriff von Anfang an den Bedeutungszuwachs der Familienforschung infolge der nationalsozialistischen *Rassenpolitik*. Er nutzte die neuen Resonanzbedingungen für die Außendarstellung der Familienkunde, um die geänderten politischen Ressourcenkonstellationen für das Stadtarchiv und die Westdeutsche Gesellschaft fruchtbar zu machen. So erreichte er eine, wenn auch vorübergehende, Verdoppelung des Archivpersonals, akquirierte erfolgreich Finanzmittel für das Archiv und modernisierte damit die technische Ausstattung, erweiterte den Quellenbestand des Stadtarchivs und warb für die Publikationen des Verein großzügige Druckkostenzuschüsse ein.

2.) Ein weiteres Motiv muss wohl in Huyskens' Machtansprüchen innerhalb der familienkundlichen Vereinsstrukturen gesehen werden. So versuchte er, gerade auch über seine Mitarbeit im Reichsverein und im Volksbund die Alleinvertretungsansprüche der Westdeutschen Gesellschaft für den gesamten westdeutschen Raum von Westfalen bis zum Saarland zu wahren und auszubauen.<sup>102</sup> Durch persönliche Eingaben bei Gercke und Mayer versuchte er, Abspaltungen von Landesverbänden zu verhindern.<sup>103</sup> Zudem hoffte er die Satzungen der Gesamtvereine instrumentalisieren zu können, um bislang unabhängige Ortsgruppen in die Westdeutsche Gesellschaft einzugliedern.<sup>104</sup> Zahlreiche in den Quellen überlieferte Vorgänge, die an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden konnten, dokumentieren sein Machtbewusstsein.<sup>105</sup> Dieses

---

<sup>101</sup> Bis 1935 hatten Archiv und Auskunftsstelle gemeinsam rund 7000 Anfragen bearbeitet. (Eigene Berechnung aus den Verwaltungsberichten des Stadtarchivs, StAAc, Dienstregistratur, 450-55 und 450-190.) Vgl. auch Volkmar Weiss, *Der genealogische Verein "Roland" (Dresden) von 1933 bis 1945*, in: *Genealogie* 53 (2004), S. 65-81, hier S. 65.

<sup>102</sup> Huyskens an Gercke v. 10.4.1934, StAAc, NL Huyskens, Nr. 54; Huyskens an Mayer v. 2.4.1935, ebd., Nr. 55.

<sup>103</sup> Huyskens an Mayer v. 12.5.1936, ebd.,

<sup>104</sup> Huyskens an Mayer v. 2.4.1935, ebd.; Protokoll der Herbsttagung des VSV am 7.12.1935 in Gotha, ebd.

<sup>105</sup> Exemplarisch Haehling an Huyskens v. 24.6.1934, StAAc, NL Huyskens, Nr. 50; Haehling an Huyskens v. 10.12.1934, ebd.

brachte ihn auch in Konflikte mit konkurrierenden Personen und Institutionen innerhalb des polykratischen Zuständigkeitsgeflechts auf dem Felde der Familienkunde und *Rassenpolitik*.<sup>106</sup>

3.) Schließlich bleibt zu konstatieren, dass Huyskens mit den wesentlichen ideologischen Zielen des Nationalsozialismus und speziell der antisemitischen *Rassenpolitik* übereinstimmte. Dafür steht weniger sein persönliches Bekenntnis vom Juni 1933 anlässlich seines Parteieintritts: „*Ich war bisher niemals bei einer Partei eingeschrieben, habe mich jetzt aber der NSDAP angeschlossen, da ich mit dem Hitlerprogramm in allem Wesentlichen übereinstimme [...]*“<sup>107</sup>, sondern vielmehr seine zahlreichen, hier dargestellten Tätigkeiten und Publikationen in diesem Bereich.

### **Individuelle Vergangenheitsbewältigung und der Aachener Mythos vom Katholischen Widerstand**

Kehren wir zurück zu unserer Ausgangsfragestellung, so stellen wir fest, dass unsere Ergebnisse in einem starken Kontrast zu den bisherigen Bewertungen der Rolle von Albert Huyskens im *Dritten Reich* stehen. Während Huyskens bislang ausschließlich als national-konservativer und hochverdienter Wissenschaftler und Archivar, mit lediglich geringen Affinitäten zum Nationalsozialismus, bisweilen sogar als Widerstandskämpfer dargestellt wurde, zeigen die Ergebnisse unserer Forschung, dass Huyskens als integraler Teil der nationalsozialistischen Funktionselite in Aachen gesehen werden muss. In letzter Konsequenz war er ein typischer Schreibtischtäter, der eine wichtige systemstützende Funktion im NS-Unterdrückungsapparat einnahm. Wie ist diese offensichtliche Diskrepanz zu erklären?

### **(Selbst-)Entnazifizierung und gesellschaftliche Reintegration**

Huyskens, der nach der Räumung Aachens im September 1944 ins sauerländische Nordenau übersiedelt war, bereitete in der Ungewissheit über seine berufliche Zukunft durch eine eidesstattliche Erklärung über sein Verhältnis zur nationalsozialistischen Partei vom 18.7.1945 seine Rückkehr nach Aachen vor. Ihm war klar, dass er sich als Beamter wegen seiner Parteimitgliedschaft zu rechtfertigen habe. Einleitend erklärte er: „*Allgemein dürfte bekannt sein, dass meine Zugehörigkeit zur nationalsozialistischen Partei eine ganz äußerliche war.*“<sup>108</sup>

Für diese angeblich nur formale Mitgliedschaft führte er folgende Argumente auf: Er entstamme einem strengkatholischen Elternhaus und sei selbst fest im katholischen Glauben verwurzelt. Sein Vater sei aufgrund seines religiösen Bekenntnisses während der Kulturkampfzeit geächtet worden. Sein Bruder, ehemaliger Abgeordneter des Zentrums im rheinischen Provinziallandtag, sei Opfer der nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen nach dem 20. Juli 1944

---

<sup>106</sup> In einem geplanten Vortrag über den „Aachener Geschichtsverein 1933-1945“ werden wir Huyskens Konflikte mit lokalen Partei- und SS-Funktionären näher untersuchen.

<sup>107</sup> Huyskens an Blank v. 10.6.1933, StAAc, NL Huyskens, Nr. 49.

<sup>108</sup> Eidesstattliche Erklärung Huyskens' v. 18.7.1945, HStAD, NW 1079 Akte 10093.

geworden. Er selbst habe aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer farbentragenden katholischen Studentenverbindung politisch dem Zentrum nahegestanden. Des weiteren sei er stets der rein wissenschaftlichen Arbeit verpflichtet gewesen und habe durch seinen Parteieintritt nur die von ihm geleiteten wissenschaftlichen Vereine und Institutionen vor Eingriffen bewahren wollen. Seine Arbeit habe er stets sachlich und gesetzestreu, „fern von aller Politik“<sup>109</sup> erfüllt. Durch die Nationalsozialisten sei er dabei nur behindert worden. So hätten ihn vor allem die Nachweise für die *arische Abstammung* von seiner eigentlichen Arbeit als Stadtarchivar abgehalten. Er sei von SD, SS und Gestapo verfolgt worden und habe selbst niemanden denunziert oder irgendwem geschadet. Er sei durch die nationalsozialistische Irrlehre nicht belastet. Huyskens schloss seine Erklärung: „*Ich habe am Nationalsozialismus für mich nur das anerkannt, was jeder vernünftige Mensch billigen kann. Ich brauche mich daher auch innerlich gar nicht umzustellen.*“<sup>110</sup>

Aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes erbat er im November 1945 bei der Stadtverwaltung Aachen seine Entlassung in den Ruhestand.<sup>111</sup> Im Frühjahr 1946 folgte dann sein Entnazifizierungsverfahren bei den Militärbehörden. Zu seiner Entlastung reichte er sechs Zeugnisse „*hochangesehener Personen*“<sup>112</sup> über sein Verhältnis zum Nationalsozialismus ein. Diese bestätigten insgesamt seine Ferne zur Partei und führten insbesondere an, dass er überzeugter Katholik sei. Huyskens selber interpretierte in einer Anlage die eingereichten Bescheinigungen und hob hervor, dass er als praktizierender Katholik in unversöhnlichem Gegensatz zur Partei gestanden habe. Darüber hinaus ergänzte er, dass er die Tochter des „*Halbjuden*“ Heinrich Beckers, der sich unter seinen Zeugen befindet, zur Promotion gebracht und ihre Arbeit in der Zeitschrift des Geschichtsvereins veröffentlicht habe.<sup>113</sup> Die Militärbehörden empfahlen jedoch am 29. April 1946 Huyskens' Entfernung aus dem Staatsdienst, da er ein eifriger Anhänger der Partei gewesen sei und verweigerten ihm mit Bescheid vom 18. Mai seine Pension.<sup>114</sup>

Gegen diese Entscheidung legte Huyskens umgehend Berufung ein und führte zur Begründung abermals die oben angeführten Argumente ins Feld. Im Fragebogen seines Berufungsverfahrens wies er auf seine Mitgliedschaft in den nach 1933 verbotenen katholischen Studentenverbindungen und auf die Verfolgung durch Partei, SD und Gestapo hin.<sup>115</sup> Gegenüber dem Aachener Oberstadtdirektor erhob er in einem Schreiben vom 15. September 1946 den Anspruch, „*als entlastet angesehen zu werden*“, da er „*auf allen [seinen] Betätigungsgebieten [...] dem System und seinen Organen Widerstand geleistet*“ habe.<sup>116</sup> Zum 9. Oktober 1946 wurde jedoch von

---

<sup>109</sup> Ebd.

<sup>110</sup> Ebd.

<sup>111</sup> Fragebogen Huyskens' v. 15.9.1946, S. 12, ebd.; Huyskens an Rektor Röntgen v. 31.1.1946, HAAc, Nr. 2028.

<sup>112</sup> Anlage 7 zu Huyskens an Hauptquartier der Militärregierung für den Regierungsbezirk Aachen v. 30.7.1946, HStAD, NW 1079 Akte 10093.

<sup>113</sup> Die Originalschreiben aus dem ersten Verfahren sind nicht überliefert. Anlagen 1-7 zu Huyskens an Hauptquartier der Militärregierung für den Regierungsbezirk Aachen v. 30.7.1946, ebd.

<sup>114</sup> Fragebogen Action Sheet v. 29.4.1946, ebd.

<sup>115</sup> Fragebogen Huyskens' v. 15.9.1946, ebd.

<sup>116</sup> Huyskens an den Oberstadtdirektor Aachen vom 15.9.1946, ebd.

den Militärbehörden erneut seine Entfernung aus dem Staatsdienst entschieden.<sup>117</sup> Im Februar 1948 erfolgte dann seine Einreihung in die Kategorie IV ohne Vermögenssperre, d.h. er wurde nun als Mitläufer eingestuft.<sup>118</sup> Der Entnazifizierungsausschuss entschied trotzdem, seine Pensionsansprüche auf 75 Prozent zu kürzen.<sup>119</sup> Die zuständigen Ausschüsse waren also Huyskens' Selbststilisierung zum Verfolgten und Widerstandskämpfer nicht gefolgt. Schließlich wurde Huyskens im Januar 1950 nach einem Erlass des Sonderbeauftragten für die Entnazifizierung obligatorisch von Kategorie IV in Kategorie V, d.h. entlastet, überführt.

Huyskens' Selbsteinschätzung und persönliche Rechtfertigung sowie die ihm ausgestellten Zeugnisse sind nur verständlich, wenn man sie in den Kontext des allgemeinen Umgangs mit der NS-Vergangenheit, der sogenannten Vergangenheitspolitik, stellt. Für diese Verortung und Analyse steht mittlerweile eine umfangreiche Forschungsliteratur zur Verfügung, auf die wir uns im Folgenden stützen. Der im Rahmen des Siegener Forschungsprojektes zum semantischen Umbau der Geisteswissenschaften, das sich mit der Frage nach Kontinuitäten und Brüchen bei den Übergängen 1933 und 1945 beschäftigte,<sup>120</sup> entwickelte methodische Zugriff erscheint uns hierfür besonders hilfreich.

Die beiden Germanisten Gerhard Kaiser und Matthias Krell verstehen unter Vergangenheitspolitik die persönliche und kollektive „*Erinnerungs- und Vergessenskultur im Blick auf die miterlebte und mitgeschaffene Vergangenheit*“.<sup>121</sup> Sie untersuchen das dazu eingesetzte diskursive Vergangenheitsmanagement, fragen nach narrativen Mustern und rhetorischen Strategien. D.h. sie zeigen auf, wie in der Nachkriegszeit sprachlich mit der NS-Vergangenheit umgegangen wurde. Die wesentlichen Erklärungskategorien dafür sind Tabuisierung, Betonung der individuellen Anständigkeit, Versachlichung und Überschreibung. Dieses Ensemble von Erklärungsmustern kann helfen, die scheinbaren Widersprüche im Fall von Albert Huyskens zu erklären.

1.) Bei Huyskens lässt sich zunächst die einfachste Ausblendungsstrategie des Tabuisierens der eigenen NS-Vergangenheit nachweisen. Dies betrifft seine Rolle bei der Gleichschaltung und Nazifizierung der von ihm geleiteten Vereine und besonders seine Rolle bei der Popularisierung und Umsetzung der *NS-Rassenpolitik*. Diesen Teil seiner Biographie blendet Huyskens in seinen Selbstzeugnissen vollständig aus.

2.) Dagegen benutzt er verschiedene Argumentationsfiguren, um seine persönliche Anständigkeit in den Jahren des *Dritten Reiches* zu betonen. So beschreibt er sich selbst als stets gesetzestreu und pflichtbewusst. Besonders hervor hebt er auch, dass er niemanden denunziert oder irgendwem geschadet habe. Mit Blick auf seine wissenschaftlichen Arbeiten erklärt er, dass er diese grundsätzlich fern der Politik betrieben habe.

---

<sup>117</sup> Form of Appeal vom 9.10.1946, ebd.

<sup>118</sup> Einreihungsbescheid vom 26.2.1948, ebd.

<sup>119</sup> Hauptausschuss des Stadtkreises Aachen an den Sonderbeauftragten im Lande NRW vom 30.7.1948, ebd.

<sup>120</sup> Georg Bollenbeck, Clemens Knobloch (Hg.), *Semantischer Umbau der Geisteswissenschaften nach 1933 und 1945*, Heidelberg 2001.

<sup>121</sup> Gerhard Kaiser, Matthias Krell, *Ausblenden, Versachlichen, Überschreiben. Diskursives Vergangenheitsmanagement in der Sprach- und Literaturwissenschaft in Deutschland nach 1945*, in: Bernd Weisbrod, *Akademische Vergangenheitspolitik*, Göttingen 2002, S. 190-214, hier: S. 190.

3.) Die Semantik der Versachlichung benutzt Huyskens, um beispielsweise die Auskunftsstelle für den Nachweis der *arischen Abstammung* aus dem Kontext des NS-Verfolgungsapparates herauszulösen. Die Tätigkeit der Auskunftsstelle wird von ihm nicht reflektiert, er verfügt offensichtlich über keinerlei Unrechtsbewusstsein. Vielmehr verbindet er die semantische Versachlichung mit der Rhetorik seiner Anständigkeit. Noch in einem Brief an Oberstadtdirektor Albert Servais vom November 1951 ist von ihm über die „arbeitsreiche und anerkannt musterhafte familiengeschichtliche Auskunftsstelle“<sup>122</sup> zu lesen.

4.) Schließlich überschreibt Huyskens seine weitreichende Zustimmung zur nationalsozialistischen Ideologie mit seiner katholischen Grundhaltung und versucht, einen unvereinbaren Widerspruch zwischen beiden zu konstruieren. Die simple Formel lautet: ein Katholik kann kein Nationalsozialist sein.

Mithilfe der soeben beschriebenen Erinnerungs- und vor allem Vergessensstrategien lässt sich verstehen, wie Huyskens seine eigene Biographie bis hin zur Selbststilisierung als Opfer und Widerstandskämpfer umschreiben konnte. Er ist dabei kein Einzelfall, sondern eingebettet in die Gesamtheit des Umgangs mit der NS-Vergangenheit nach 1945, zu der auch die mittlerweile gut untersuchte „Persilscheinkultur“<sup>123</sup> gehört, die es vielen ehemaligen Nationalsozialisten erfolgreich ermöglichte, ihre Vergangenheit umzudeuten.

Das bedeutet keineswegs, dass alle Behauptungen, die Huyskens und seine Entlastungszeugen aufstellen, notwendig falsch sein müssen. Hilfeleistungen wie die für Philomene Beckers oder Anfeindungen von Partei- und SS-Stellen sind für die teilweise inkohärente NS-Ideologie und das polykratische NS-Herrschaftssystem durchaus typisch.

### **Jubiläen und Nachrufe: Von der persönlichen zur kollektiven Vergangenheitspolitik**

Obwohl Huyskens in seinem Entnazifizierungsverfahren und damit bei seiner beruflichen Reintegration im Grunde scheiterte, legte er mit seinen Selbsterklärungen den Grundstein für die spätere Bewertung und Deutung seiner NS-Vergangenheit. Gestützt wurde Huyskens' Bemühen, seine Biographie umzudeuten, von der kollektiven Ablehnung der Entnazifizierung, die als Siegerjustiz bezeichnet wurde.<sup>124</sup> Exemplarisch dafür steht das Schreiben von Hermann Thiel, eines langjährigen Vorstandsmitgliedes des Aachener Geschichtsvereins, an Huyskens vom Oktober 1948: „*Auch wir haben uns über die Beschränkungen und Dummheiten und Eseleien dieser sog[enannten] Entnazifizierungsausschüsse rechtschaffen geärgert [...]. Eine spätere Zeit wird uns für komplette Narren halten, dass wir uns mit diesen Dingen überhaupt abgege-*

---

<sup>122</sup> Huyskens an Oberstadtdirektor Servais vom 21.11.1951, StAAc, Depositum AGV, Nr. 162.

<sup>123</sup> Carola Sachse, ‚Persilscheinkultur‘. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft, in: Bernd Weisbrod, Akademische Vergangenheitspolitik, Göttingen 2002, S. 217-246.

<sup>124</sup> Norbert Frei, 1945 und wir, München 2005, S. 27-34 u. S. 67-72.

*ben haben, und über die Größen dieser Ausschüsse wird man mit einem leisen, mitleidigen Lächeln hinweggehen.*“<sup>125</sup>

In der Adenauer-Zeit erfolgte anstelle einer kritischen Auseinandersetzung das kollektive Beschweigen der eigenen Rolle im Nationalsozialismus. Unter diesen Rahmenbedingungen vollzog sich der Eingang von Huyskens Selbstdarstellung als Widerstandskämpfer und unpolitischer Wissenschaftler in das kollektive Gedächtnis der Stadt Aachen. Zu seinem 70sten Geburtstag im Juli 1949 schrieb die Aachener Presse, dass es „*nur seinem taktischen Geschick zu verdanken*“<sup>126</sup> sei, dass die von ihm geführten Vereine die NS-Diktatur unbeschadet überstanden hätten. Anlässlich der Feier seines Goldenen Doktorjubiläums im November 1951 wurde seine NS-Vergangenheit dann vollständig ausgeblendet. Gefeierte wurde er allein als „*Nestor der Aachener Geschichtswissenschaft*“<sup>127</sup>. In den Würdigungen zu seinem 75sten Geburtstag fand erstmals „*seine[ ] echt konservative und religiöse Haltung[ ]*“<sup>128</sup>, wegen der er sich Anfeindungen und Gefährdungen in der NS-Zeit ausgesetzt gesehen habe, Eingang in das kollektive Lebensbild.

Die Nachrufe auf Albert Huyskens vereinen 1956 das gesamte Ensemble der Rhetorik des Ausblendens. Luise Freiin von Coels von der Brügghen blendete in ihrer ausführlichen Würdigung von Albert Huyskens in der Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins die NS-Zeit vollständig aus.<sup>129</sup> Die Tagespresse beschränkte sich auf die Hervorhebung seiner wissenschaftlichen Verdienste.<sup>130</sup> Und Bernhard Poll, Amtsnachfolger im Stadtarchiv, überschreibt Huyskens' NS-Verstrickung mit dessen tiefer Verwurzelung im christlichen Glauben und seiner persönlichen Integrität im Archivdienst.<sup>131</sup>

### **Huyskens als (Forschungs-)Gegenstand der Aachener Geschichtswissenschaft**

Mit dem Aufsatz „Das Stadtarchiv Aachen und seine Archivare 1821-1945“ von Herbert Lepper, erschienen 1978 in der Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, begann die wissenschaftliche Erforschung der NS-Vergangenheit von Albert Huyskens und dem von ihm geleiteten Stadtarchiv. Darin war über die Jahre des Dritten Reiches zu lesen: „*Die ‚Machtergreifung‘ und deren Folgen bedeuteten auch für das Stadtarchiv einen tiefgreifenden Einschnitt. Mit der Einrichtung der ‚Familiengeschichtlichen Auskunftsstelle‘ im Jahre 1934 und der mit ihr verbundenen Auskunftstätigkeit zwecks Nachweises der arischen Abstammung wurde die eigentliche archivische und wissenschaftliche Arbeit auf Jahre hinaus geradezu blockiert.*“<sup>132</sup> Die willfährige Unterstützung der *NS-Rassenpolitik* wurde so zur bloßen Behinderung der Archivarbeit

<sup>125</sup> Hermann Thieler an Huyskens v. 12.10.1948, ebd., Nr. 147.

<sup>126</sup> AN v. 30.7.1949; vgl. auch AVZ v. 30.7.1949.

<sup>127</sup> AVZ v. 15.11.1951.

<sup>128</sup> AN v. 28.7.1954; vgl. auch Eberhard Quadflieg, Albert Huyskens, in: MWGfF 16 (1952/54), Sp. 273f. u. 299f.

<sup>129</sup> Luise Freiin von Coels von der Brügghen, Nachruf auf Albert Huyskens, in: ZAGV 69 (1957), S. 201-203.

<sup>130</sup> AN v. 29.10.1956; AVZ v. 29.10.1956.

<sup>131</sup> Bernhard Poll, Albert Huyskens †, in: Historisches Jahrbuch 76 (1957), S. 626-629.

<sup>132</sup> Herbert Lepper, Das Stadtarchiv Aachen und seine Archivare 1821-1945, ZAGV 84/85 (1977/78), S. 579-699, hier: S. 678.

umgedeutet. Die alphabetische Verkartung der Einwohnerlisten 1812 – der von Huyskens initiierte Versuch die gesamte Aachener Bevölkerung in ihrer rassischen Abstammung zu erfassen – wird von Lepper als „*einzig, über den unmittelbaren Zweck hinausgehende Frucht dieser Arbeit*“<sup>133</sup> bewertet.

1980 folgte Leppers Aufsatz „Der Aachener Geschichtsverein 1929-1979“. In diesem übernahm er unkritisch die Argumente von Huyskens’ Selbstentnazifizierung, wie z.B. die Veröffentlichung der Arbeit von Philomene Beckers und dem darauf erfolgten Zusammenstoß Huyskens’ mit der örtlichen Partei. Zum Beleg führte Lepper lediglich Huyskens’ eigenmächtige Ergänzung der Entlastungszeugnisse vom Juli 1948 an.<sup>134</sup>

1998 veröffentlichte Herbert Lepper den Aufsatz „Der ‚Aachener Geschichtsverein‘ 1933-1944“. Darin wurde Albert Huyskens zunächst ausführlich im national-konservativen, katholischen Milieu des Aachener Bürgertums verortet.<sup>135</sup> Den Parteieintritt von Huyskens deutete Lepper als Versuch, Schlimmeres zu verhindern und führte als Beleg eine mündliche Auskunft von Walter Kaemmerer an.<sup>136</sup> Kaemmerer hatte, was der Autor unerwähnt lässt, zwischen 1933 und 1945 selber mehrfach mit SS und Gestapo kooperiert, insbesondere mit Georg Scherdin, der in dem Aufsatz wiederum als besonderer Feind von Albert Huyskens angeführt wurde.<sup>137</sup> In seinem Fazit kam Lepper zu dem Schluss, dass Albert Huyskens eine durchgehende und konsequente Widerstandsstrategie gegen den Nationalsozialismus durchgehalten habe.<sup>138</sup>

Zusammenfassend finden sich in Leppers Darstellung alle rhetorischen Strategien – Tabuisieren, Versachlichen, Überschreiben – wieder, die Huyskens selbst bereits 1945 zu seiner Verteidigung vorgebracht hatte, woran sich deren bis heute anhaltende Wirkungsmächtigkeit deutlich ablesen lässt. Der Essener Stadtarchivar Klaus Wisotzky kam jüngst auf dem „Deutschen Archivtag“ in Stuttgart, der sich erstmals kritisch mit der NS-Vergangenheit der deutschen Archive auseinandergesetzt hat,<sup>139</sup> zu der von uns geteilten Einschätzung, dass Lepper Huyskens’ Selbststilisierung zum Widerstandskämpfer blind gefolgt sei, wogegen schon die vielen Äußerungen Huyskens’ zu *Rassenfragen* stünden.<sup>140</sup> Fatal daran ist unserer Meinung nach, dass der Historiker und ehemalige Stadtarchivar Herbert Lepper durch seine Aufsätze dem von Huyskens selbst in die Welt gesetzten Mythos seines Widerstandes wissenschaftliche Authentizität verliehen hat.

---

<sup>133</sup> Ebd.

<sup>134</sup> Ders., Der Aachener Geschichtsverein 1929-1979, in: ZAGV 86/87 (1979/80), S. 1\*-73\*, hier: S. 20\*, Anm. 102.

<sup>135</sup> Ders., Der ‚Aachener Geschichtsverein‘ 1933-1944, in: ZAGV 101 (1997/98), S. 267-302, hier: S. 271-276.

<sup>136</sup> Ebd., S. 279, Anm. 53.

<sup>137</sup> Herbert Lepper, Der ‚Aachener Geschichtsverein‘ 1933-1944, S. 291 u. 297.

<sup>138</sup> Ebd., S. 300.

<sup>139</sup> FAZ v. 1.10.2005.

<sup>140</sup> Klaus Wisotzky, Stadtarchivare.

## **Persönliche Vergangenheitsbewältigung und der Aachener Mythos vom katholischen Widerstand**

Abschließend wollen wir in einem Ausblick die persönliche Bewältigungsstrategie von Albert Huyskens, der sich als praktizierender Katholik in einen unüberbrückbaren Gegensatz zum Nationalsozialismus stellte, kontextualisieren. Dazu stellen wir zunächst dar, was wir unter dem Aachener Mythos vom katholischen Widerstand verstehen. Dabei sei sofort klargestellt, dass wir keineswegs tatsächliche Widerstandshandlungen Aachener Katholiken bestreiten oder entwerten wollen. Vielmehr wollen wir zeigen, dass es analog zur persönlichen Entlastungsstrategie wie im Fall Huyskens einen tief im kollektiven Gedächtnis verankerten Mythos gibt, der davon ausgeht, dass die Aachener Bevölkerung aufgrund ihres festen Glaubens vor der Vereinnahmung durch den Nationalsozialismus geschützt war und kollektiv Widerstand geleistet habe. Zum 30sten Jahrestag der *Machtergreifung* erschien am 26. Januar 1963 unter der Überschrift „Aachen trotzte der braunen Diktatur“ ein Artikel des Journalisten Hans Siemons. Die Kernaussage dieses Beitrages lässt sich dahingehend zusammenfassen, dass die Aachener Bevölkerung durch ihren katholischen Glauben in Volksoption gegen den nationalsozialistischen Terrorstaat gestanden und anhaltenden Widerstand geleistet habe.<sup>141</sup>

1994 berichteten die Aachener Nachrichten unter der Überschrift „Nazis taten sich schwer“<sup>142</sup> über einen Vortrag des Historikers Elmar Gasten und hoben hervor, dass die Nationalsozialisten im überwiegend katholischen Aachen nie richtig hätten Fuß fassen können. Dabei hatte Gasten selbst in seiner 1993 veröffentlichten Dissertation „Aachen in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft 1933-1944“ gezeigt, dass der kollektive Mythos vom katholischen Widerstand in Aachen nicht durch seine Untersuchungsergebnisse gestützt werden kann. Gasten zeichnete erstmals ein differenziertes Bild des Nationalsozialismus in Aachen. Zwar ging er weiterhin davon aus, dass die NSDAP kaum in das katholische Milieu in Aachen einbrechen konnte, er erkannte aber, dass sich die katholische Opposition selektiv auf den Kampf um Selbstbehauptung beschränkte.<sup>143</sup> Zudem konnte er schlüssig zeigen, dass sich die Wahlergebnisse der NSDAP und die Zahl der Parteieintritte nach 1933 nicht signifikant vom Reichsdurchschnitt unterschieden.<sup>144</sup> Daneben arbeitete er weitere Argumente heraus, die neben dem konfessionellen Argument den geringen Zuspruch für die NSDAP vor 1933 erklären helfen. In erster Linie verwies er dazu auf die von internen Machtkämpfen gekennzeichnete, desolante Lage der örtlichen Partei.<sup>145</sup>

Ebenfalls 1993 erschien in der Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins der Aufsatz „Nationalsozialismus in Aachen“ des Kölner Historikers Leo Haupts. Ausgehend von demselben Quellenmaterial wie sein Schüler Elmar Gasten, aber in der Bewertung von diesem abwei-

---

<sup>141</sup> AVZ v. 26.1.1963.

<sup>142</sup> AN v. 22.10.1994.

<sup>143</sup> Elmar Gasten, Aachen in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft 1933-1944, Frankfurt a.M. u.a. 1993, S. 321-323 u. 331-333.

<sup>144</sup> Ebd., S. 167-226.

<sup>145</sup> Ebd., S. 33-40.



chend, stellt er fest, „dass es den Nationalsozialisten in der Zeit von 1933 bis 1939 gelang, die [Aachener] Gesellschaft mit NSDAP-Mitgliedern zu durchdringen“, und dass „[ü]ber die letztendliche Loyalität der Mehrheit der Bürger gegenüber dem NS-Staat [...] wenig Anlass zu zweifeln [bestand].“ Mit Blick auf die Haltung der Katholiken in Aachen kam er zu dem abschließenden Urteil: „[...] vielmehr überwog bei der Amtskirche und bei vielen Katholiken das Bestreben, ihre religiöse und weltanschauliche Bindung mit der Loyalität zum NS-Staat zu verbinden. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die nationalsozialistische Gewaltherrschaft auch in Aachen eine zwar unterschiedlich motivierte aber nichtsdestoweniger nachhaltige Unterstützung fand.“<sup>146</sup>

Trotz dieser offensichtlichen Entzauberung des von uns so genannten Aachener Mythos vom katholischen Widerstand erweist sich dieser mit Blick auf spätere Veröffentlichungen als langlebig.<sup>147</sup> Für diese Persistenz möchten wir an den Schluss unseres Vortrages zwei Thesen aufstellen:

- 1.) Die lange Zeit unhinterfragte Annahme der Unvereinbarkeit von Nationalsozialismus und katholischem Glauben erlangte erst durch die Wechselwirkung zwischen persönlichen und kollektiven Vergangenheitsbewältigungsstrategien ihre Wirkungsmächtigkeit.<sup>148</sup>
- 2.) Die aufgezeigten persönlichen und kollektiven Mythen sind das Kernstück der in der Stadt Aachen von den bürgerlichen Eliten nach 1945 bestimmten Geschichtspolitik des Umgangs mit der NS-Vergangenheit.

### **Empfohlene Zitierweise:**

Stefan Krebs, Werner Tschacher: „Sippenforschung und Rassepolitik“ – Albert Huyskens und der Aachener Mythos vom katholischen Widerstand, [20.10.2005], URL: <<http://www.histech.rwth-aachen.de/content/1564/Sippenkunde.pdf>>

Bitte setzen Sie beim Zitieren dieser Rezension hinter der URL-Angabe in runden Klammern das Datum Ihres letzten Besuchs dieser Online-Adresse ein.

---

<sup>146</sup> Leo Haupts, Nationalsozialismus in Aachen, in: ZAGV 98/99 (1992/93), S. 609-634, hier: S. 634.

<sup>147</sup> Exemplarisch Christoph Kösters, Katholische Kirche und Nationalsozialismus in Aachen, in: ZAGV 101 (1997/98), S. 87-124, bes. S. 123f.

<sup>148</sup> Vgl. als weiteres prominentes Beispiel den langjährigen Aachener Domkapellmeister und Exponenten der nationalsozialistischen Musiktheorie Theodor Bernhard Rehmann (1895-1963) bei Stephan Laux, Flandern im Spiegel der „wirklichen Volksgeschichte“. Robert Paul Oszwald (1883-1945) als politischer Funktionär, Publizist und Historiker, in: Burkhard Dietz, Helmut Gabel, Ulrich Tiedau (Hg.), Griff nach dem Westen. Die ‚Westforschung‘ der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919-1960), Bd. 1, Münster u.a. 2003, S. 247-290, hier S. 280-282.